

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. Lukrezia Jochimsen, Petra Pau, Jens Petermann, Raju Sharma, Dr. Petra Sitte, Frank Tempel, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE.

Zusammenarbeit von deutschen und tschechischen Rechtsextremen

Zwischen der rechtsextremen NPD und tschechischen Rechtsextremisten der „Arbeiterpartei für soziale Gerechtigkeit“ (DSSS) findet seit einiger Zeit eine engere Kooperation statt. Bereits am 3. Juli 2010 fand in der Gaststätte „Jägerwirt“ im bayerischen Buchhofen die Veranstaltung „Day of Friendship“ mit rund 120 Neonazis aus Deutschland und der Tschechischen Republik statt, zu der ein „Deutsch-Böhmischer Freundeskreis“ (DBF) mobilisiert hatte, um die Beziehungen zwischen tschechischen und deutschen Neonazis zu verfestigen und auszubauen. So vereinbarten tschechische und deutsche Rechtsextremisten anlässlich der „Jahresfeier“ der Deutsche Stimme Verlags GmbH am 2. April 2011 in Riesa im „Manifest z Riesy/Manifest von Riesa“ eine Zusammenarbeit von NPD und DSSS. Bei einem rechtsextremen Aufmarsch am 1. Mai 2011 in Heilbronn trat ein Vertreter der DSSS als Redner auf, während in Brno zwei Funktionäre der NPD sprachen. Am Wochenende des 28. und 29. Mai 2011 trafen sich der damalige NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, der damalige Berliner Landesvorsitzende Uwe Meenen und der oberpfälzische Bezirksgeschäftsführer Karsten Panzer sowie die Chemnitzer Stadträtin Katrin Köhler in Prag mit dem DSSS-Vorsitzenden Tomas Vandáš und dessen Stellvertreter Jiří Štěpánek. Erneut bekundeten die Parteivorsitzenden den Willen zur Zusammenarbeit ihrer Parteien, etwa bei den tschechischen Bezirksratswahlen 2012. Die NPD verfüge über „einen reichen Erfahrungsschatz“, aus dem die DSSS schöpfen möchte, so Tomas Vandáš. Wie die NPD es geschafft habe, „in Deutschland eine so starke nationalistische Partei“ aufzubauen, sei für die DSSS „eine Inspiration dafür, das Gleiche mit ähnlichen Methoden in der Tschechischen Republik zu erreichen.“ Ausgespart blieb auch auf diesem Treffen die Thematik der Beneš-Dekrete. Während die DSSS die Beneš-Dekrete als abgeschlossene Angelegenheit und Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung versteht, fordert die NPD in ihrem Parteiprogramm die Aufhebung dieser „Vertreibungs-Dekrete“ und eine Wiedergutmachung. Der DBF erklärt dagegen in einer „Grundlegende Vereinbarung zwischen böhmisch/mährischen (tschechischen) und deutschen Kameradengruppen“ die Beneš-Dekrete für „als null und nichtig“.

Auf der Website des DBF rief die Chemnitzer NPD-Stadträtin Katrin Köhler deutsche und tschechische Neonazis dazu auf, „das alte Kriegsbeil für immer [zu] begraben und gemeinsam für eine freies Europa der Vaterländer zusammen [zu] stehen“. Als verbindende Elemente einer deutsch-tschechischen Zusammenarbeit dienen ihr völkischer Rassismus und antisemitische Verschwörungstheorien gegen „die Erfüllungshelfen des USraelischen Hochfinanzkapitals im EU-Parlament“.

Als sich im Sommer 2011 in mehreren tschechischen Kleinstädten bis zu tausend Menschen versammelten, um Wohnhäuser von Roma anzugreifen, riefen Nazis wie das „Freie Netz Süd“ und der NPD-nahe „Deutsch-Böhmische Freundeskreis“ aus Bayern und Sachsen sowie das neonazistische „Thiazi“-Internet-Forum zu diesen Protesten auf. In Varnsdorf, 500 Meter hinter der deutschen Grenze, konnten Spezialeinheiten der tschechischen Polizei Anfang September 2011 in letzter Sekunde ein Pogrom verhindern. NPD-Funktionäre sowie Mandatsträgerinnen und -träger beteiligten sich regelmäßig an Demonstrationen der DSSS gegen ein Roma-Wohnheim in Varnsdorf. Auf diesen Demonstrationen werden Parolen wie „Böhmen für die Tschechen“ und „Zigeuner zur Arbeit“ aber auch „Zigeuner ins Gas“ skandiert. Auf Einladung des stellvertretenden DSSS-Landesvorsitzenden Petr Kotab nahmen so zuletzt am 29. Januar 2012 die Zittauer NPD-Stadträtin Antje Hiekisch, der Görlitzer Kreisvorsitzende der NPD und weitere NPD-Mitglieder an einer antiziganistischen Demonstration in Varnsdorf teil. Auf der Rückfahrt wurde die deutsche Delegation an der Grenze von der Bundespolizei kontrolliert.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Inwieweit ist der Bundesregierung eine Zusammenarbeit deutscher und tschechischer Rechtsextremen bekannt?
 - a) Welcher Art ist die Zusammenarbeit jeweils?
 - b) Welche Bedeutung hat diese Zusammenarbeit jeweils für die beteiligten Gruppierungen?
 - c) Welche strategischen inhaltlichen Absprachen zwischen deutschen und tschechischen Rechtsextremen sind der Bundesregierung bekannt?
 - d) Welche gemeinsamen Veranstaltungen, Aufzüge oder Aktionen deutscher und tschechischer Rechtsextremer sind der Bundesregierung bekannt, (bitte Datum, veranstaltende Organisationen, Art der Veranstaltungen, Teilnehmerzahl nennen)?
2. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zum DBF und seinen Mitgliedern vor?
3. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die DSSS in der tschechischen Republik (Vorläuferorganisationen, Mitgliederstärke, Wahlergebnisse, Verbotsverfahren, Ideologie)?
4. Welche weiteren rechtsextremen Organisationen und Parteien neben der DSSS existieren nach Kenntnis der Bundesregierung in der Tschechischen Republik, und in welchem Verhältnis stehen diese zu deutschen Rechtsextremen?
5. Auf welchen Aufzügen oder Veranstaltungen in der Tschechischen Republik innerhalb der letzten fünf Jahre waren Neonazis oder sonstige Rechtsextreme aus Deutschland organisiert beteiligt (bitte nach Datum und Ort, Art und Thema der Veranstaltung bzw. des Aufzuges, Name der Organisation und Anzahl der deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer auflisten)?
6. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über eine Teilnahme deutscher Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten an antiziganistischen Demonstrationen in der Tschechischen Republik (bitte Zeitpunkt, Ort, Anzahl der Teilnehmenden aus Deutschland und gegebenenfalls die Namen teilnehmender Funktionärinnen und Funktionäre oder Mandatsträgerinnen und Mandatsträger rechtsextremer Parteien bzw. Organisationen benennen)?

7. Inwieweit wurden bei der Kontrolle deutscher Rechtsextremer, die sich an antiziganistischen Demonstrationen in der Tschechischen Republik beteiligt haben, von der Bundespolizei Waffen oder Propagandamaterialien gefunden?
8. Welche deutschen rechtsextremen Gruppierungen oder bekannte rechtsextreme Einzelpersonen haben im Einzelnen zu einer Beteiligung an antiziganistischen Demonstrationen in der Tschechischen Republik aufgerufen?
9. Welche Auftritte rechtsextremer Musikgruppen aus Deutschland in der Tschechischen Republik bzw. aus der Tschechischen Republik in Deutschland sind der Bundesregierung bekannt, und inwieweit kam es dabei zu Straftaten?
10. Inwieweit sind der Bundesregierung gemeinsame Kampf- bzw. Wehrsportübungen deutscher und tschechischer Rechtsextremer bekannt (bitte Ort, Zeitpunkt, Teilnehmerzahl und teilnehmende Organisationen nennen)?
11. In welchen und in wie vielen Fällen wurden deutsche Rechtsextreme wegen des Verdachts auf einschlägige Straftaten in der Tschechischen Republik festgenommen oder Strafanzeige gegen sie erstattet (bitte Datum, Ort und Grund der Festnahme oder Anzeige, mögliche Anklageerhebung und Verurteilung angeben)?
12. In welchen und in wie vielen Fällen wurden tschechische Rechtsextreme wegen des Verdachts auf einschlägige Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland festgenommen oder Strafanzeige gegen sie erstattet (bitte Datum, Ort und den Grund der Festnahme oder der Anzeige, mögliche Anklageerhebung und Verurteilung angeben)?
13. Sind der Bundesregierung Amtshilfeersuchen tschechischer Behörden bei deutschen Behörden bezüglich der Aktivitäten deutscher Rechtsextremer in der tschechischen Republik aus den letzten fünf Jahren bekannt, und wenn ja, welche, und wie wurden diese von welcher Stelle beschieden?
14. Auf welchen Aufzügen oder Veranstaltungen in Deutschland innerhalb der letzten fünf Jahre waren Neonazis oder sonstige Rechtsextreme aus der Tschechischen Republik organisiert beteiligt (bitte nach Datum und Ort, Art und Thema der Veranstaltung bzw. des Aufzuges, Name der Organisation und Anzahl der tschechischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer auflisten)?
15. Inwieweit gab es bislang Einreiseverbote gegen tschechische Rechtsextreme nach Deutschland oder deutsche Rechtsextreme in die Tschechische Republik (bitte Personen, Anzahl, Datum und Anlass nennen)?
16. Inwiefern steht die Bundesregierung in Gesprächen mit den Freistaaten Sachsen und Bayern und den tschechischen Behörden, um ein gemeinsames Vorgehen gegen Rechtsextreme zu koordinieren und den Informationsaustausch zu stärken?
17. Inwieweit ist die Bekämpfung grenzüberschreitender rechtsextremistischer Betätigung Gegenstand des „Gemeinsamen Zentrums der deutsch-tschechischen Polizei- und Zollzusammenarbeit“ in Schwandorf?
18. Welche weiteren Konsequenzen sind aus Sicht der Bundesregierung aus der Zusammenarbeit deutscher und tschechischer Rechtsextremer zu ziehen?

Berlin, den 6. März 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

